

Jürgen Trittin

Rüstiger Rentner in Altersteilzeit

***Gibt es eine Beschäftigungschance für
die NATO?***

Lieber Ralf,
lieber Marc,
meine Damen und Herren

Ich danke der Böll-Stiftung für die Organisation dieser Veranstaltung.

Unsere verehrten Gastgeber von der *Heinrich-Böll-Stiftung* haben eine Art Steckbrief herausgegeben:

*Dringend Gesucht: Eine neue Vision
für die NATO*

So heißt es in der Einladung.

1 Vision NATO?

Man hätte auch sagen können:

*Rüstiger Rentner (60) in Altersteilzeit
sucht neue Beschäftigung*

Und wie es bei Arbeitssuchenden häufig ist, braucht es dafür ein **neues Berufsbild**.

Nennen wir es ***Vision***.

Der Begriff *Vision* richtet unsere Suchbewegung auf eine großartige, erhebende, weit ausgreifende Aufgabe mit langfristiger und globaler Reichweite, eine elektrisierende oder erhabene Idee mit Gewicht und Würde.

Vielleicht liegt die Zukunft der NATO aber in einer zwar ehrenhaften, aber doch viel bescheideneren Rolle, die uns entgeht, solange wir an der *Vision* hängen.

2 Ein neuer Partner

Die Fahndung nach Sinn, Identität und Zukunft der NATO findet seit einigen Monaten vor einem neuen Hintergrund statt. Die USA haben gewählt. Und mit der Wende in den

USA ist es zugleich **einfacher und schwieriger** geworden, über die Zukunft der NATO zu reden.

Einerseits ist mit der Bush Regierung eine hochideologische und die Welt polarisierende Regierung, die im Zweifel **unilaterales Vorgehen mit Militär vor Kooperation und Dialog setzte**, abgewählt worden.

Jede Diskussion über die Zukunft des transatlantischen Bündnisses war überschattet von der katastrophalen Politik dieser Regierung. Die dadurch erfolgten Beschädigungen der NATO wirken bis heute nach.

Als Werkzeugkasten für unilaterale und partikulare Interessen wird die NATO keine Zukunft haben.

Nun gibt es eine neue Regierung, die sich in vielen Punkten den europäischen Partnern und dem Multilateralismus gegenüber offen zeigt. Man kann nüchterner diskutieren, analytischer, mit einem klügeren Partner. Klüger heißt: Er wird seine **eigenen Interessen intelligenter und damit besser vertreten.**

Doch zugleich ist es schwieriger geworden. Ein kritischer Blick auf die Zukunft der NATO wird aber ohne Zweifel auch unangenehme Wahrheiten aussprechen müssen. Denn wie es so geht, nicht nur die USA, auch die Eu-

ropäer haben Interessen, und diese müssen einander nicht in jedem Fall entsprechen.

Unbequeme Fragen über die Zukunft der NATO, die hieraus erfolgen, sind keine Absage an eine transatlantische Freundschaft, sondern der Versuch sich gegenseitig ehrlich zu machen.

Und vorweg:

**Ein Ende der NATO „as we know it“,
würde keineswegs ein Ende der
transatlantischen
Freundschaftsbeziehung bedeuten.**

Es ist schon lange nicht mehr vor allem die NATO, auf der die transatlantische Partnerschaft ruht. Die wirtschaftlichen, politischen,

kulturellen und durch unendlich viele persönliche und institutionelle Verbindungen konsolidierten Beziehungen zwischen Deutschland / Europa und den USA sind vielfältig und stabil und können ausgebaut werden.

Aber: in unserer heutigen Welt brauchen wir dafür schon **mehr und bessere transatlantische Institutionen als ein Militärbündnis**. Schon heute können wir erkennen, dass das andere Amerika, das sich nun so überzeugend zurückgemeldet hat, diese Gräben potentiell auch wieder überbrücken will.

Nur wenn ganz klar ist, dass **NATO und transatlantische Freundschaft nicht identisch sind**, kann man sich nüchtern der

Frage zuwenden, was die NATO war, was sie heute ist, und was sie in der Zukunft sein sollte. Aber ob das eine *Vision* wird?

Wenden wir uns zunächst der Frage zu:

Was war die NATO?

3 Die NATO war ein Militärbündnis gegen die Bedrohung durch den Ostblock in der bipolaren Welt.

Geht man von diesem Satz aus, dann gibt es die NATO seit dem **Ende des Kalten Krieges** nicht mehr. Ihre **Daseinsgründe** sind **entfallen**. Gehen wir diesen Satz in seinen Bestandteilen durch.

*3.1 Die NATO war und ist ein **Militärbündnis.***

Sie war als Militärbündnis gegen die Bedrohung durch den Ostblock gerichtet. Wie auch immer man nun zu dieser Aufgabe und dem dahinter liegenden Denken steht - und ich brauche niemanden hier daran zu erinnern, was Friedensbewegung und GRÜNE von Blocklogik, Abschreckungsdoktrin, Rüstungswettlauf und anderen NATO-Eckpfeilern hielten – es gab eine klare Aufgabenzuweisung.

Die Nato garantierte in den Zeiten der Blockkonfrontation Sicherheit und Frieden.

Danach ging es ans **Abwickeln**. Die NATO hat nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes durch ihre *Partnership-for-Peace-Programme* einer **Renationalisierung von Sicherheitspolitik** entgegengewirkt.

Das ist nicht zu unterschätzen, aber:

Auf die Frage, was Sicherheit heute bedeutet, wie sie zu gewährleisten und zu schaffen ist, hat die NATO auch 20 Jahre nach dem Ende Kalten Krieges aber keine befriedigende Antwort gefunden. Das liegt in ihrer Natur – ein **Militär**bündnis zu sein - begründet, nicht im Phantasiemangel ihrer Ge-

neralsekretäre, die immer wieder neue Strategien entwickeln durften.

Die zentralen Konflikte, Herausforderungen, Bedrohungen und Risiken der Welt von heute überfordern ein Militärbündnis.

Klimawandel, **Ressourcenknappheit, globale Armut** und die **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen** sind **globale Risiken**. Keines dieser Probleme kann militärisch gelöst werden. Keines dieser Probleme lässt sich durch ein hochgerüstetes Militärbündnis abschrecken. **Nicht einmal der Terrorismus lässt sich so abschrecken.**

Die Rolle des Militärs hat sich grundlegend verändert – und damit die Rolle eines Militärbündnisses bei der Bearbeitung der globalen Probleme und Risiken. Diese Probleme müssen **multilateral, kooperativ und vorrangig zivil** gelöst werden. Heute brauchen wir integrierte Politikansätze.

Sollte die NATO also **etwas anderes als ein Militärbündnis** werden? Sollte sie versuchen, anderen Organisationen, die sich mit anderen Mitteln dieser Probleme annehmen, Konkurrenz zu machen?

Das würde wenig Sinn machen. Zwar ist es richtig, dass die NATO bei den Aufgaben, die sie heute noch erledigt, mit dem Begriff *der vernetzten Sicherheit* etwas stärker auf integrierte zivil-militärische Ansätze setzt,

doch im Großen und Ganzen ist es das **Militärische**, das ihre **Kernkompetenz** ist und auch bleiben wird. Manches überfordert sie einfach.

Cyberterrorismus oder **Energiesicherheit** werden andere, zivile multilaterale Institutionen besser und billiger angehen können.

Stark ist die NATO anderswo. Im globalen Maßstab gibt es keinen Gegner, der es mit der NATO militärisch aufnehmen kann.

Die NATO-Staaten verfügen – mit den Mitteln der USA - über das weltweit größte und schlagkräftigste Militärarsenal. Von den rund **1.200 Mrd. \$**, die schätzungsweise 2006 weltweit für Streitkräfte ausgegeben wur-

den, gingen ca. **550 Mrd.** auf das Konto der **USA** und weitere **300 Mrd. \$** auf das Konto der **EU-Staaten**.

Doch im Ernst, bedrohen uns andere Staaten oder resultieren die globalen Gefahren nicht mehr im nichtstaatlichen Bereich, aus dem Zerfall von Staaten. Ist nicht der asymmetrische Konflikt der aktuelle Krieg?

*3.2 Die NATO war ein Militärbündnis gegen die Bedrohung durch den Ostblock **in der bipolaren Welt.***

Die bipolare Welt aber gibt es seit 20 Jahren nicht mehr. Der Versuch von Bush und Cheney sie wieder aufleben zu lassen mit der *Achse des Bösen* ist auch gescheitert.

Das weiß auch die NATO. Doch schlägt sich dies in ihrer Strategie nicht nieder.

Ohne klare politische Zielsetzung taumelt das Bündnis vor sich hin. Die multipolare, gleichzeitig globale verflochtene Welt mit ihren neuen Risiken, neuen Bedrohungen, neuen Fronten und grenzüberschreitenden Problemen benötigt eine globale Ordnung im Rahmen der UN, die durch regionale Sicherheitsarchitekturen mit besseren Institutionen abgestützt ist. Übrigens sollten wir auch die OSZE nicht vergessen.

Global Governance, Konfliktprävention, Regulierung der Globalisierung, demokratische Kontrolle der Welthandels- und Finanzströme, Terrorismus, Ressourcenkrisen, Klimawandel, für all diese Probleme müssen wir

Institutionen im Rahmen der UN stärken,
teilweise bessere Institutionen schaffen,
auch regional.

Aber, es gibt weiter Bedarf für eine militärische Komponente in der globalen Sicherheitspolitik, zur Eindämmung von Gewalt, zu Stabilisierung von Gesellschaften und zur kollektiven Friedenssicherung. Zerfallene Staaten, Bürgerkriege, Völkermord, Regionale Konflikte, schwere Menschenrechtsverletzungen, – das bedarf häufig, zu häufig, der Intervention durch die Völkergemeinschaft. Solche Interventionen bedürfen in manchen Fällen auch einer militärischen Komponente.

Doch die NATO ist ein Bündnis aus der bipolaren Welt. Auch ihre Erweiterung hat ihre Herkunft und ihre Grundhaltung als ein

Bündnis des so genannten *Westens* nicht grundsätzlich und nachhaltig verändern können. Im Gegenteil die Ost- und Mitteleuropäer traten explizit bei, um zum so genannten *Westen* zu gehören.

Ein Job als globaler Dienstleister bei Stabilisierungseinsätzen ist nicht die Antwort auf die Identitätskrise der NATO.

Die NATO als Weltpolizei, das ist eine Verkleidung, die ihr keiner abnimmt – schon gar nicht in der arabischen Welt wie man 2006 beim **Libanon-Krieg** sehen konnte.

Wenn es eines Dienstleisters für UN-mandatierte Einsätze bedarf, und wenn diese Einsätze auch als Einsätze der Völkerge-

meinschaft akzeptiert werden sollen, dann wird **ISAF nicht das Beispiel** für die Zukunft sein, sondern die **Ausnahme**.

Am Rande sei mir die Anmerkung erlaubt, dass wenn Afghanistan über die Zukunft der NATO entscheidet, dann sieht es schlecht mit der NATO aus. Denn die Stabilisierung Afghanistans hängt vor allem an Diplomatie (siehe Pakistan), an Entwicklung (samt Governance), und mehr an hinreichend Polizisten als an Soldaten. Wenn selbst der ISAF-Kommandant feststellt, dass Afghanistan nicht militärisch, sondern zivil entschieden wird, dann ist das für ein Militärbündnis keine schöne Botschaft.

Die NATO wird zu Recht als das wahrgenommen, was sie war und was sie immer

noch maßgeblich ist, ein **europäisch-nordamerikanische Bündnis unter der Vorherrschaft der USA.**

Das verbietet auch die Idee aus ihr eine *Liga der Demokratien* zu machen. Ein solcher Umbau würde die NATO einfach in eine **neue Bipolarität** überführen. Aus der Ost-West-Blockkonfrontation zu einer – vereinfacht gesagt – **Nord-Süd-Blockkonfrontation.**

Die entwickelten Länder würden gegenüber Schwellen und Entwicklungsländer das Schema der alten Blockkonfrontation, des Gut/Böse Schemas, der Eskalationslogik und der Konfrontation übertragen.

Keines der globalen Probleme würde damit leichter lösbar – im Gegenteil.

Die Liga der Demokratien ist nicht nur als Ansatz zur Lösung der Probleme von heute verfehlt und kontraproduktiv, sie muss schon scheitern bei den fragwürdigen Abgrenzungsproblemen zwischen gut und böse, die hier angelegt werden. Formale demokratische Verfassung taugt nicht wirklich als politisches oder moralisches Kriterium.

Man schaue sich die Fälle Russland, Indien, China, Pakistan im Detail an und wird sehr schnell die Grenzen dieses Modells erkennen.

Das Modell ist der manichäischen Schwarz/Weiß Logik des Neokonservatismus verhaftet, es ist kein Modell für die Zukunft.
Es ist der Versuch die UN auszuhebeln.

*3.3 Die NATO war ein militärisches Verteidigungsbündnis **gegenüber dem Ostblock.***

Diesen Ostblock gibt es nicht mehr. Die Blockkonfrontation hat jedoch **Phantom-schmerzen** hinterlassen, und zwar auf beiden Seiten. Das deutliche Bedürfnis, nicht nur der neuen Mitgliedstaaten, sondern auch vieler aus der Erbmasse der Sowjetunion hervorgegangenen neuen Staaten Osteuropas, Mitglied der NATO zu werden, war und

ist motiviert durch die **historische Erfahrung der russischen Bedrohung**.

Zugleich interpretiert Russland diese **Erweiterung der NATO als Einkreisung** und Eingriff in angestammte Einflussphären.

Das alles mag verständlich sein, ist aber altes Denken. Dieses Denken muss überwunden werden – **vor allem durch die und mit der EU**.

Heute ist jeder Versuch, Sinn und Strategie der NATO in der Fortsetzung dieser Logik als **Bündnis gegen Russland** zu verstehen nicht nur zwecklos sondern sogar **gefährlich**. Man kann es nicht oft genug wiederholen:

Europas Sicherheit wird es nur mit, nicht gegen Russland geben.

Es ist bedauerlich, dass die USA sowohl durch das Projekt der Raketenabwehr als auch durch die aktive NATO-Erweiterungspolitik in Richtung Ukraine und Georgien in Russland genau diesen gefährlichen Eindruck der Konfrontation und Einkreisung erweckt haben. Das ist kein Weg in die Zukunft der NATO sondern in die Vergangenheit. Es ist der falsche Weg.

Glücklicherweise haben wir auch hier durch die neue amerikanische Regierung eine gewisse Entspannung erlebt.

Die USA haben Russland angeboten, auf die Raketenabwehr zu verzichten, im Gegenzug

dafür das iranische Raketenprogramm zu begrenzen. Ein wichtiger Schritt, den **Interessenkonflikt zwischen den USA und Europa zu mindern**. Beim Gipfel der NATO-Verteidigungsminister in Krakau sendete Robert Gates Signale der Zurückhaltung bei beiden Projekten und eine Botschaft des Dialogs mit Russland.

Ein solcher Dialog muss die Differenzen nicht verschweigen. Russlands Politik bietet viel Anlass zur Sorge, doch eine aggressive NATO Blockbildungsstrategie ist die falsche Antwort darauf.

Das spricht gegen eine schnelle NATO-Erweiterung. Georgien und die Ukraine sind weit entfernt von der Beitrittsfähigkeit. Die Fortschritte Tiflis und Kiews bei Reformen

des Sicherheits- und Militärapparats sind minimal. Demokratische und rechtsstaatliche Fortschritte gibt es wenige. Hinzu kommen die ungelösten Sezessionskonflikte in Georgien und der nicht unwichtige Umstand, dass eine Mehrheit in der Ukraine gegen den NATO-Beitritt ist. Georgien und die Ukraine sind nicht reif für die NATO.

Statt Blockkonfrontationen brauchen wir eine friedenspolitische Lösung unter Einbeziehung Russlands.

4 EU als sicherheitspolitischer Akteur

Und dann gibt es auch noch massiv Konkurrenz für die NATO. Die Logik der Bipolarität

wird zusätzlich durch die wachsenden Differenzen innerhalb des transatlantischen Bündnisses heute dementiert.

Die **EU** ist mehr und mehr **zu einem eigenen Pol** geworden, zu einem Akteur mit eigenen Interessen, eigenem Selbstbewusstsein und zunehmend auch eigener Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die Erfahrung des Zerfalls Jugoslawiens und der transatlantischen Zerrüttung über den Irak-Krieg haben die zwei Seiten der neuen europäischen Unabhängigkeit klar gemacht: Europa muss in der Lage sein, **Probleme in der eigenen Umgebung auch selbst zu bearbeiten** und Europa muss in der Lage

sein als unabhängiger Akteur – wenn nötig - auch ohne die USA zu agieren.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist mit ihrem **zivil-militärischen Ansatz** und ihrer **demokratischen Legitimation** in vielen Fällen viel **besser** geeignet, **vernetzte Sicherheit herzustellen** und den friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen als die NATO.

Das aber geht natürlich nur dann, wenn die EU ihre gemeinsame Außenpolitik und ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorantreibt und mit ausreichenden Mitteln versorgt. Europa muss mit einer Stimme sprechen.

In den vergangenen 8 Jahren hat die EU eine eigene Sicherheitsstrategie verabschiedet (2003) und eine Reihe von neuen Institutionen (*PSK, EU-Militärausschuss, Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements, Verteidigungsagentur*) geschaffen. Das zivilmilitärische Handlungsrepertoire wurde auch von Seiten der Kommission – etwa durch die Einführung des Stabilisierungsinstruments - weiter ausgebaut.

Derzeit gibt es **16 ESVP Missionen weltweit** - so viele wie nie zuvor. Die weitaus **größte Anzahl** dieser Missionen - 13 - sind **ziviler Natur**. Allerdings ist die EU noch weit davon entfernt ein besonders effektiver zivil-militärischer Akteur zu sein.

Es werden z.T. Ziele gesetzt, von denen man schon im Vorfeld weiß, dass man sie nicht erreichen kann. Weder die 60.000 Soldaten umfassende europäische Eingreiftruppe, die binnen 60 Tagen in den Mitgliedsstaaten verlegebereit zusammengestellt und für bis zu ein Jahr in einen Einsatz geschickt werden soll, noch die 2004 beschlossenen 1.500-Mann starken *EU-Battlegroups*, die kurzfristig und z.B. auf Ersuchen der UN für Operationen der Konfliktverhütung oder Befriedung eingesetzt werden sollen, entsprechen qualitativ den Anforderungen von heutigen Stabilisierungseinsätzen.

Aber das gleiche Problem hat die NATO auch. Auch sie hat zunehmend Schwierigkei-

ten, die Bereitstellungszusagen mit ihren laufenden Einsätzen zu vereinbaren.

In Afghanistan droht das Defizit der EU beim Polizeiaufbau, den Erfolg der gesamten Internationalen Mission in Frage zu stellen.

Will man zu einer selbst tragenden Sicherheit durch eine rechtsstaatliche Polizei wenigstens auf Provinzebene kommen, bedarf es 2000 EU-Polizisten dort – tatsächlich ist nicht einmal ein Zehntel davon im Einsatz.

Auch im Kosovo kämpft die EU – wie auch die NATO – mit dem Problem, dass die Mitgliedsstaaten gerne bereit sind, die politisch entscheidenden Stabsstellen zu füllen; mit den Kräften am Boden wird aber gezeigt.

Es geht dabei natürlich **nicht** – wie so oft denunzierend behauptet wird – um eine **Militarisierung der EU**. Die Stärke der EU liegt auch künftig in ihrer *soft power*.

Es geht darum, eine **präventive** und auf zivile Konfliktlösung gerichtete **Außenpolitik** auch **eigenständig und glaubwürdig erfüllen** zu können. Und darum, die Sicherheit Europas auch mit den dafür notwendigen zivilen und militärischen Mitteln gewährleisten zu können. Die nationalen Streitkräfte könnten dafür Schritt für Schritt in eine europäische Sicherheitsstruktur integriert werden.

Auch in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik aber muss dann die Mehrheitsentscheidung eingeführt werden, denn sonst bleibt Europa handlungsunfähig.

Eine solche Verstärkung der europäischen Eigenständigkeit richtet sich dabei nicht gegen den transatlantischen Partner. Die Erfahrungen mit der Bush Regierung haben das Bewusstsein für die Notwendigkeit größerer europäischer Eigenständigkeit sicher verstärkt und die transatlantischen Beziehungen müssen sich von dieser Phase auch noch erholen. Dennoch:

Es geht im Wesentlichen um eine Verantwortungsübernahme für die eigenen Belange Europas.

Es geht um den Lernerfolg aus dem blutigen Staatszerfall Jugoslawiens.

EU und NATO sind seit 1999 mehr Konkurrenten denn Partner. Die EU-Krisenmanagement Ambitionen in Afrika und im benachbarten Ausland und die NATO „*out-of-area*“-Aktivitäten der NATO haben zur Folge, dass EU und NATO darum streiten, wer was macht und kann.

Schauen wir uns das absurde Schauspiel an, das dieser Tage vor dem Horn von Afrika aufgeführt wird.

Ich meine nicht das Problem mit den 9 Piraten, die die Fregatte *Rheinland-Pfalz* nach dem Überfall auf das deutsche Schiff *Courier* an Bord hat. Diese müssen schnell einem ordentlichen Gerichtsverfahren zugeführt werden.

Wenn dieses – statt in Hamburg - in Kenia stattfinden soll, dann muss die Vereinbarung zwischen Kenia und der EU sicherstellen, dass alle Gefangenen einem **rechtsstaatliche Verfahren** ausgesetzt sind, dass die **Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe ausgeschlossen** ist, dass im Verfahren wie im **Strafvollzug** wie bei einer späteren **Abschiebung** alle **menschrechtlichen Normen** beachtet werden. Es muss ein sauberes **Monitoring** dieser Bedingun-

gen geben. **Sonst darf es keine Übergabe an Kenia geben.**

Mit absurdem Theater meinte ich etwas anderes. Da kreuzen vor Jemen und Somalia gleich drei Flotten:

1. Die Schiffe der *Operation Enduring Freedom* jagen die Flotte von Osama bin Laden.
2. Mit einem UN-Mandat versehen tut die EU-Mission *ATALANTA* ihren Dienst im Rahmen der Piratenbekämpfung.
3. Und weil man gerade auf dem Weg in den Indischen Ozean da vorbei kommt schippern jetzt auch die Schiffe der NATO herum – allerdings ohne die deutschen Schiffe des Flottenverband-

des. Sie wurden für die 40 Tage Praktikum der NATO bei der EU-Piratenbekämpfung bei der NATO ausgeflaggt und der EU unterstellt. Geht es weiter nach Australien wird die blau-gelbe EU-Fahne eingeholt und der blau-weiße NATO-Kompass wieder aufgezo-gen.

Ich bitte um Nachsicht für die lockere Beschreibung.

Aber mit Piratenbekämpfung hat das nichts zu tun. Hier ist ein teures Militärbündnis auf Initiativbewerbung unterwegs.

Wenn es einer Unterstützung der UN-mandatierten EU-Mission bedürfte, warum

werden die OEF-Schiffe ihr nicht einfach unterstellt?

Wenn *ATALANTA* weitere Unterstützung braucht, warum nur 40 Tage, warum nicht 21 oder 65?

Nein es geht einfach darum, dass die NATO auch mal dabei sein möchte. Dass mit diesem Wirrwarr die Akzeptanz eines im Prinzip sinnvollen und völkerrechtlich so gut legitimierten Einsatzes leidet, dass selbst die LINKE dem beinahe zugestimmt hätte, sei hier nur am Rande erwähnt.

Nein, als Motto für die NATO *Dabei sein ist alles* können wir uns nicht leisten. Da die Mitgliedsstaaten jeden Euro nur einmal ausgeben und jeden Soldaten nur einmal ein-

setzen können, ist dieser Streit über die Aufgaben auch ein **Streit um Ressourcen**.

Die NATO möchte eine klare Arbeitsteilung nach dem *Koch-Kellner-Prinzip*: die NATO macht die harten Einsätze, die EU kümmert sich um die kleinen und die Stabilisierungsmissionen. Und wenn die NATO der EU das Recht einräumt, militärische Mittel nutzen zu dürfen, müsse die EU umgekehrt der NATO das Recht einräumen, auf die zivilen Ressourcen der EU zugreifen zu dürfen.

Das wird nicht funktionieren. Denn es ist nicht im Interesse der EU.

**Wir müssen eine klare Priorität setzen:
Für eine Stärkung der Europäischen
Sicherheits- und Verteidigungspolitik –
vergemeinschaftet und demokratisch
legitimiert.**

Das ist eine Absage an die NATO, sondern
Ansporn, sie neu definieren.

5 Eine Skizze für die Zukunft

Die NATO war ein Militärbündnis gegen die Bedrohung durch den Ostblock in der bipolaren Welt.

Wenn also alle Bestandteile dieser Definition sich gravierend geändert haben, ist die NATO dann vielleicht doch ein Auslaufmodell?

Wenn die Zukunft der NATO nach all diesen Betrachtungen also

- **nicht** in Dienstleistungen für Stabilisierungseinsätzen,
- **nicht** in ihrer Vergangenheit als Bündnis gegen einen Gegner im Osten,
- **nicht** in einem Ausbau zum neuen globalen Block der Demokratien liegt,
- und **nicht** in der Konkurrenz zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht,

dann ergeben sich zwei Perspektiven, über die wir vielleicht im Laufe dieser Konferenz vielleicht diskutieren können:

5.1 *Russland rein*

Die NATO wird Teil einer multilateralen Sicherheitsarchitektur, zu einem **echten System gegenseitiger und kollektiver Sicherheit** unter Einbeziehung des ehemaligen Gegners, durch die NATO Mitgliedschaft Russlands transformiert.

Dieser Weg würde noch eher den Titel einer „Vision“ verdienen, die unser Gastgeber heute Abend zur Suche ausgegeben hat. Eine solche Perspektive eines Militärbündnisses unter Einschluss von Russland würde tatsächlich einen ***Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok schaffen.***

5.2 Konzentration auf Kernaufgabe

Und: Die NATO überlässt die heutigen friedens- und sicherheitspolitischen Aufgaben, die globalen Interventionen und die neue Sicherheitszusammenarbeit anderen, besseren Institutionen und regionalen Bündnissen und konzentriert sich auf **ihre tradierte Kernaufgabe der Herstellung regionaler Sicherheit und der Konsolidierung der transatlantischen Verhältnisse**. Sie könnte diese Aufgabe auch heute mit einem wesentlich bescheideneren Aufwand an Rüstung erledigen. Die NATO konzentriert sich auf ihre eigentliche Aufgabe und könnte zu einem **Antreiber von Rüstungskontrolle und Abrüstung** werden.

Dieser Spielraum muss genutzt werden, um neue Abrüstungsinitiativen zu starten und Rüstungskontrolle neu zu beleben. Essentiell ist die Entnuklearisierung der NATO-Strategie!

5.3 Fazit

Vor 60 Jahren gab es drei Gründe für die NATO:

To keep the Germans down

To keep the Americans in

To keep the Russian out

Die Zukunft der NATO könnte dagegen sein:

**To keep the Americans in
To keep the Russians in
To keep the Weapons down**

Wenn das keine Vision ist. Ich wünsche
fruchtbare Diskussionen.